

Aktenzeichen:	II-1222
Geschäftsbereich:	II
Organisationszeichen:	X913
Gültigkeit:	ab dem 03.05.2018

Arbeitsanleitung Nr. 010

Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen

§ 16c SGB II - Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen

- (1) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die eine selbstständige, hauptberufliche Tätigkeit aufnehmen oder ausüben, können Darlehen und Zuschüsse für die Beschaffung von Sachgütern erhalten, die für die Ausübung der selbstständigen Tätigkeit notwendig und angemessen sind. Zuschüsse dürfen einen Betrag von 5.000 Euro nicht übersteigen.
- (2) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die eine selbstständige, hauptberufliche Tätigkeit ausüben, können durch geeignete Dritte durch Beratung oder Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten gefördert werden, wenn dies für die weitere Ausübung der selbstständigen Tätigkeit erforderlich ist. Die Vermittlung von beruflichen Kenntnissen ist ausgeschlossen.
- (3) Leistungen zur Eingliederung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die eine selbstständige, hauptberufliche Tätigkeit aufnehmen oder ausüben, können nur gewährt werden, wenn zu erwarten ist, dass die selbstständige Tätigkeit wirtschaftlich tragfähig ist und die Hilfebedürftigkeit durch die selbstständige Tätigkeit innerhalb eines angemessenen Zeitraums dauerhaft überwunden oder verringert wird. Zur Beurteilung der Tragfähigkeit der selbstständigen Tätigkeit soll die Agentur für Arbeit die Stellungnahme einer fachkundigen Stelle verlangen.

Zielsetzung

Die Förderung mit Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen (LES) ist eine Ermessensleistung der aktiven Arbeitsförderung und kann zur Verringerung bzw. Beendigung der Hilfebedürftigkeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) beitragen.

Dadurch steht den Integrationsfachkräften (IFK) ein flexibles und am individuellen Bedarf ausgerichtetes Instrument zur Beseitigung individueller Problemlagen in Form der folgenden zwei Leistungsarten zur Verfügung.

1. Durch die Förderung können Gründer*innen sowie bereits Selbstständige beim Erwerb notwendiger und angemessener Sachgüter für die Aufnahme oder Weiterführung der tragfähigen hauptberuflichen Selbstständigkeit unterstützt werden, wenn die Finanzierung nicht anderweitig sichergestellt werden kann. Damit wird vermieden, dass eine Selbstständigkeit aufgrund mangelnder Investitionsmöglichkeiten nicht aufgenommen oder wirtschaftlich fortgeführt werden kann.
2. Daneben können bei hauptberuflich Selbstständigen die Vermittlung und Beratung von nicht fachbezogenen Kenntnissen und Fertigkeiten durch eine spezifische Maßnahme mit dem Ziel der Erhaltung/Stabilisierung und bei Bedarf Neuausrichtung der ausgeübten Selbstständigkeit erfolgen.

Inhaltsverzeichnis

1. Fördervoraussetzungen.....	4
2. Fachliche Feststellung.....	5
3. Antragsverfahren	5
4. Rechtsnatur	9
5. Förderumfang	9
6. Förderausschlüsse	11
7. Ablehnungen/Beendigung Selbstständigkeit.....	12
8. Anlage Datensatz in COSACH.....	13

Allgemeine Hinweise

Paragrafen ohne Bezeichnung des Gesetzes sind solche des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II). Die Inhalte und Weisungen der „SGB II Fachlichen Hinweise - Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen nach § 16c SGB II“ der Bundesagentur für Arbeit bilden die Grundlage für diese Arbeitsanleitung.

1. Fördervoraussetzungen

Die Leistungsgewährung nach § 16c Abs. 1, 3 kommt nur in Betracht, wenn die Voraussetzungen nach § 7 bereits aktuell eingetreten sind. Eine präventive Leistungsgewährung lässt der Gesetzeswortlaut nicht zu.

Grundsätze zur Förderung

LES können auch unmittelbar nach Antragstellung auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als Sofortangebot nach § 3 Abs. 2 erbracht werden.

Sofortangebot

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden gem. § 37 nur auf Antrag erbracht. Als Antragstellung gilt jede schriftliche, mündliche oder fernmündliche Erklärung die erkennen lässt, dass Leistungen begehrt werden. Leistungen werden nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht.

Antragserfordernis

Ein formloser Antrag ist unverzüglich auf dem vorgesehenen Formblatt nachzuholen.

Formblatt

Die Antragstellung ist in der VerBIS-Kundenhistorie zu dokumentieren.

Für die Gewährung von LES ist es unerheblich, ob eine selbstständige, hauptberufliche Tätigkeit aufgenommen werden soll oder bereits ausgeübt wird. Hauptberuflich bedeutet hierbei, dass die selbstständige Tätigkeit mindestens 15 Stunden in der Woche umfasst und daneben keine abhängige Beschäftigung mit in der Summe zeitlich höherem Umfang ausgeübt wird. Eine Förderung kommt in Betracht, wenn zu erwarten ist, dass die Selbstständigkeit wirtschaftlich tragfähig ist und die Hilfebedürftigkeit des/der eLb durch die erzielten Erwerbseinkünfte innerhalb eines angemessenen Zeitraums beendet oder verringert werden kann. Bei bereits selbstständigen eLb kann der angemessene Zeitraum grundsätzlich bis zu 12 Monate und bei Neugründungen bis zu 24 Monate betragen. Die Überwindung bzw. Verringerung der Hilfebedürftigkeit ist grundsätzlich auf die/den eLb und nicht auf die gesamte Bedarfsgemeinschaft (BG) zu beziehen.

Vor Beginn der Förderung ist eine hinreichend gesicherte Prognose hinsichtlich der Beendigung bzw. der Verringerung der Hilfebedürftigkeit erforderlich. Bei der Prognose und Förderentscheidung ist zu berücksichtigen, dass eine positive Tragfähigkeitsentscheidung nur erfolgen kann, wenn die persönliche und fachliche Eignung für die Unternehmung/Gründungsvorhaben gegeben sind. Diese Prognose muss im Rahmen der Eingliederungsstrategie nachvollziehbar in VerBIS dokumentiert werden. Gemeinsam mit den Verpflichtungen der/des eLb ist der Förderumfang in die Eingliederungsvereinbarung (EinV) aufzunehmen.

Prognose – keine Förderung ohne EinV

Den IFK ist ein Ermessen eingeräumt, welches sich sowohl auf die grundsätzliche Entscheidung zur Förderung nach dieser gesetzlichen Grundlage als auch auf die Auswahl und Gestaltung der Leistung im Einzelnen bezieht („Kann-Leistung“).

Ermessensausübung

2. Fachliche Feststellung

Seit einer Aktualisierung der BK-Vorlagen zu den LES ist die zum Antrag gehörende Stellungnahme (fachliche Feststellung) nur noch über das Fachverfahren COSACH aufrufbar. Dies bedingt ein vorheriges Anlegen eines Datensatzes durch die zuständige IFK. Die Schritte zum Anlegen eines Datensatzes sind unter Abschnitt 8 ersichtlich. Nachdem der Reiter „Förderung entscheiden“ ausgefüllt worden ist, wird über COSACH automatisch ein VerBIS-Vermerk generiert. Dieser Vermerk stellt aber nicht ausreichend die Ermessensentscheidung dar. Dementsprechend ist ein weiterer VerBIS-Vermerk mit einer ausführlichen Ermessensentscheidung zu erstellen.

COSACH durch IFK

Zusätzlicher VerBIS-Vermerk zur Ermessensentscheidung

3. Antragsverfahren

Die zuständige IFK erstellt eine Stellungnahme zum Antrag. Die Stellungnahme ist in der VerBIS-Dokumentenverwaltung zu hinterlegen.

Kommt die IFK zu einer positiven Bewertung der Selbstständigkeit, ist der gesamte Vorgang mit einer ausführlichen schriftlichen Begründung zuständigkeitshalber an die Teamleitung X221 oder die Teamleitung X222 weiter zu leiten. Die Teamleitungen sichten die Fälle auf sachliche und rechtliche Richtigkeit und üben eine verlaufsbezogene Fallbetrachtung aus. Dabei beziehen sie bei Bedarf im Standort vorhandenes Fachwissen mit ein. Die Teamleitungen dokumentieren in der Kundenhistorie das Ergebnis ihrer Prüfung.

Verfahren bei positiver Entscheidung

Kommt die IFK zu einer ablehnenden Entscheidung, ist der gesamte Vorgang zur Umsetzung direkt an das IntegrationsleistungsCenter (ILC) zu senden. Das ILC erstellt dann den entsprechenden Ablehnungsbescheid.

Verfahren bei negativer Entscheidung

Die abschließende Entscheidung trifft grundsätzlich die IFK. Eine Mitzeichnung und Entscheidung der Teamleitung ist ab einem Betrag in Höhe von 2.500 Euro notwendig.

Entscheidungsbefugnis

Bei beabsichtigter Auszahlung der Leistung an Dritte ist der Vordruck „Abtretungserklärung an Dritte“ zu verwenden und den Antragsunterlagen beizufügen. Der Vordruck ist in der BK-Vorlagenauswahl in dem lokalen Ordner „Vermittlung“ zu finden.

Zahlung an Dritte

Die Gewährung von LES setzt eine positive Beurteilung der persönlichen Eignung des Gründers/der Gründerin und eine positive Prognose über die künftige Tragfähigkeit der Selbstständigkeit durch die IFK voraus.

Tragfähigkeit

Eine Förderung ist ausgeschlossen, wenn sich Anhaltspunkte für eine fehlende persönliche Eignung oder Tragfähigkeit ergeben. Im Rahmen der Ermessensausübung kann auch bei positiver Tragfähigkeitsbescheinigung durch eine fachkundige Stelle eine Ablehnung der Förderung erfolgen (mögliche Gründe: z.B. fehlende persönliche Eignung, ungünstige Prognose zur Nachhaltigkeit der Integration, Mitnahmeeffekte).

Eine selbstständige Tätigkeit ist tragfähig, wenn das unternehmerische Handeln des/der Selbstständigen auf Gewinn ausgerichtet und prognostisch dazu geeignet ist, die Hilfebedürftigkeit des/der eLb durch die selbstständige Tätigkeit innerhalb eines angemessenen Zeitraumes (grundsätzlich bis zu 12 Monate bei bereits selbstständigen eLb und 24 Monate bei Neugründungen) dauerhaft zu überwinden oder zu verringern.

Anhaltspunkte zur Beurteilung der Tragfähigkeit der konkret geplanten selbstständigen Tätigkeit können u. a. sein:

- eine aussagefähige Beschreibung des Existenzgründungsvorhabens (Geschäftsidee, Produkt/Dienstleistung, Markt und Wettbewerb, d. h. Kundenpotenzial kennen und Konkurrenz einschätzen, ggf. Alleinstellungsmerkmale, Marketing),
- das kaufmännische und unternehmerische Know-how der Gründerin/des Gründers,
- der Kapitalbedarfs- und Finanzierungsplan (Eigenkapitalanteil, Bedarf an Fremdkapital, Sicherheiten für Kredite) sowie eine Prognose, inwieweit dieser über Hausbankkredite, Mittel aus Landesprogrammen, Crowdfunding, Mikrokredite bzw. über KfW-Mittel gedeckt werden kann,
- die Erlös- und Rentabilitätsvorschau (erwarteter Umsatz und Kosten) zur Ermittlung der vorhandenen Gewinnerwartungen für die nächsten drei Jahre,
- der Liquiditätsplan (Einschätzung der monatlichen Erträge auf drei Jahre, monatliche Kosten, Investitionskosten, monatlicher Kapitaldienst in Form von Zinsen und Tilgung, Liquiditätsreserven),
- der Nachweis ggfs. erforderlicher Zulassungsvoraussetzungen für die selbstständige Tätigkeit.
- Übereinstimmung der beantragten Fördersumme mit dem Restbedarf Fremdkapital aus dem Kapitalbedarfs- und Finanzierungsplan
 - o Nicht: Antragssumme 2.000 Euro, tatsächlicher Fremdkapitalbedarf 7.000 Euro nach § 16c Abs. 1, 3 (Unterdeckung)
 - o Nicht: Antragssumme 2.000 Euro, tatsächlicher Fremdkapitalbedarf 500 Euro nach § 16c Abs. 1, 3 (Überdeckung)
- Detaillierte Aufstellung der Sachgüter
 - o Nicht 1.500 Euro für Büro- und Geschäftsausstattung, sondern 500 Euro für einen PC, 400 Euro für einen Laptop, 200 Euro für einen Drucker, 400 Euro für einen Schreibtisch/Stuhl
- Übereinstimmung der vereinbarten Rückzahlungsmodalitäten mit den im Businessplan angegebenen Daten

- Im Antrag ist eine monatliche Rate von 100 Euro angegeben, im Businessplan jedoch nur von 50 Euro. Die positive Tragfähigkeitsbescheinigung bezieht sich unter anderem auf eine Rate von 50 Euro.

Für die Gewährung von LES sind daher folgende nachvollziehbare und vollständige Unterlagen vorzulegen:

Notwendige Unterlagen

- vollständiger Businessplan
- Kopie der aktuellen Anlage Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit (EKS). Diese Anlage ist ebenfalls umgehend dem Bereich passive Leistungen vorzulegen.
- Bei Betriebsübernahmen sind von der/dem eLb Auswertungen zum vorangegangenen Betriebsergebnis anzufordern.
- Stellungnahme der fachkundigen Stelle zur Tragfähigkeit im Ankreuzverfahren (Tragfähigkeitsbescheinigung) und ergänzendes Beiblatt. Die Handelskammer stellt die Tragfähigkeitsbescheinigung kostenlos aus, wenn der/dem eLb die Notwendigkeit durch Jobcenter team.arbeit.hamburg (Vordruck oder EinV) bescheinigt wird.
- Der Textbaustein Handelskammer ist im Intranet unter Selbstständige und dort unter Handelskammer Hamburg zu finden.
- ausgefüllter und unterschriebener Antrag auf Gewährung von LES nach § 16c
- ausgefüllte und unterschriebene fachliche Feststellung der IFK mit ausführlicher Begründung (Mitzeichnung Teamleitung ab 2.500 Euro)
- ausgefüllte und unterschriebene Abtretungserklärung bei Darlehen (zuzüglich 10 v. H. für etwaige Rechtsverfolgungskosten)
- EinV
- ausgefüllte und unterschriebene Erklärung der/des eLb zur Gewährung einer „De-minimis“-Beihilfe
- Gewerbeanmeldung, Bescheinigung des Finanzamtes bei freiberuflicher Tätigkeit (Vordruck BK-Vorlagenauswahl) oder Reisegewerbekarte
- Steuernummer/Finanzamtsbescheinigung:
Eine Steuernummer ist für alle selbstständigen Tätigkeiten erforderlich. Diese wird von den jeweils zuständigen Finanzämtern nach Prüfung der von der/dem eLb vorgelegten Unterlagen bei Vorliegen einer selbstständigen Tätigkeit im Sinne des § 2 Umsatzsteuergesetz vergeben und der/dem gewerblich oder freiberuflich tätigen Steuerpflichtigen vom Finanzamt schriftlich mitgeteilt. Dieses Schreiben des Finanzamtes ist von der/dem eLb vorzulegen. Ist die Zustimmung des Finanzamtes für das Gründungsvorhaben nicht erteilt worden, kann insoweit die Zustimmung der IFK zur Förderung dieser selbstständigen Tätigkeit nicht erteilt werden.
- Bescheinigung eines Kreditinstitutes (z.B. Hausbank) nach erfolgter Prüfung des Gründungsvorhabens, aus der hervorgeht, dass vorrangige kreditäre Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind
- Bonitätsprüfung durch geeigneten Nachweis (z.B. SCHUFA-Auskunft)

**Vorlage Schreiben
Finanzamt**

Kostenübernahme für die Erstellung der Tragfähigkeitsbescheinigung:

Eine formlose Antragstellung bei der zuständigen IFK ist ausreichend. Eine Dokumentation in VerBIS ist notwendig. Eine Erstattung erfolgt bei Vorlage einer Rechnung. Die Rechnung ist mit einem VerBIS-Vermerk der IFK über die Notwendigkeit der Übernahme der Kosten und Benennung der Bankdaten der/des eLb an das Team Infrastruktur (Z112) zu senden. Die Erstattung der Kosten erfolgt von dort.

Die Tragfähigkeit sowie der Businessplan sind im Hinblick auf die Beendigung bzw. der Verringerung der Hilfebedürftigkeit anhand der nachfolgenden Punkte zwingend zu überprüfen:

- der Businessplan muss persönlich erstellt worden sein (Hinterfragung des Businessplans im persönlichen Gespräch und Dokumentation in VerBIS)
- Vergleich Höhe der Privatentnahme mit den passiven Leistungen (SGB II) + zusätzliche Kosten (z.B. private Krankenversicherung/Pflegeversicherung) + Freibeträge

**Tragfähigkeit/
Businessplan**

Die im Businessplan dargestellten Einnahmen sind mit den prognostizierten Werten aus der EKS abzugleichen. Diese sollen übereinstimmen.

Der vollständige Antrag ist vor Abgabe an das ILC auf Plausibilität zu prüfen.

**Plausibilitäts-
prüfung**

Auch bei bereits bestehenden Selbstständigkeiten sind die notwendigen Unterlagen einzufordern.

Änderungen im Businessplan können dazu führen, dass eine erneute Tragfähigkeitsbescheinigung vorzulegen ist. Änderungen können z. B. sein:

- Erhöhung der Fördersumme
- Fehlende oder zu niedrig angesetzte Rückzahlungsrate
- Nicht zulässige Auflistung von Gütern (siehe u. a. Punkt Förderungsausschluss)

Darlehen sind durch die Abtretung zukünftiger Einkommen (z.B. aus Erwerbstätigkeit oder Sozialleistungsbezug) zu sichern. Der Vordruck Abtretungserklärung ist zu verwenden. Bei der Rückzahlung des Darlehens beträgt die monatliche Ratenhöhe nicht weniger als 50 Euro bzw. mindestens aber ein Prozent der Darlehenssumme. Die Rückzahlung beginnt grundsätzlich mit dem Monat, nachdem die Hilfebedürftigkeit entfallen ist, spätestens jedoch nach dem zwölften Monat seit Beginn der Förderung.

**Sicherung und Rück-
zahlung von Darlehen**

Von Sicherungsübereignungen darlehensweise geförderter Fahrzeuge und Ausstattungsgegenstände sollte wegen des Aufwandes bei der Verwertung abgesehen werden. Bei der Sicherungsübereignung handelt es sich um ein Instrument der Kreditsicherung. Die/ Der Kreditnehmer*in überträgt das Eigentum einer ihr/ihm gehörenden beweglichen Sache an die Kreditgeberin/den Kreditgeber.

**Sicherungsüber-
eignung**

Befindet sich die/der eLb in der Privatinsolvenz, darf nur die Insolvenzverwaltung entscheiden, ob die/der eLb eine selbstständige Tätigkeit aufnehmen darf. Die Zustimmung zur Aufnahme der Selbstständigkeit ist in schriftlicher Form einzureichen. Eine Zustimmungspflicht durch die Insolvenzverwaltung zur Darlehens- bzw. Zuschussförderung nach § 16c Abs. 1, 3 ergibt sich grundsätzlich nicht aus der Insolvenzordnung.

Bei offenen Forderungen gegenüber Jobcenter team.arbeit.hamburg muss die zuständige IFK prüfen, ob die/der eLb den Zahlungsverpflichtungen nachkommt, bevor ein Darlehen gewährt wird. Dieses kann die/der eLb anhand eines entsprechenden Schreibens des regionalen Inkasso Services oder durch Vorlage von Kontoauszügen nachweisen. Des Weiteren kann durch die IFK eine telefonische Rücksprache mit dem Inkasso Service erfolgen. Eine entsprechende Dokumentation in VerBIS ist ausreichend.

**Private Insolvenz
Keine Zustimmungspflicht der Insolvenzverwaltung zur Aufnahme der Selbstständigkeit
Offene Forderungen**

4. Rechtsnatur

Es ist notwendig, dass die Fördervoraussetzungen vor einer Förderzusage bzw. einer Zusicherung der Förderung auch für Außenstehende nachvollziehbar begründet und festgehalten werden.

Eine Zusicherung gem. § 34 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) ist eine von der zuständigen Behörde erteilte Zusage, einen bestimmten Verwaltungsakt (z.B. den Bewilligungsbescheid) später zu erlassen oder zu unterlassen.

Hinweise zur Zusicherung

Solche Zusicherungen sind zwar grundsätzlich nur wirksam, wenn sie schriftlich gegeben wurden, allerdings können auch mündliche Zusagen, die nachgewiesen werden können, dazu führen, dass die Behörde bei der Ausübung des Ermessens gebunden ist.

Ob eine fehlerhafte/rechtswidrige Zusicherung einer Förderung zurückgenommen werden kann, richtet sich nach § 45 SGB X. Soweit die/der eLb auf den Bestand der Zusicherung vertraut hat und soweit ihr/sein Vertrauen schutzwürdig ist, darf die Zusicherung nicht zurückgenommen werden. Folglich müssten die zugesicherten Leistungen bewilligt werden, auch wenn die Anspruchsvoraussetzungen nicht vorliegen.

5. Förderumfang

Die Gewährung eines Zuschusses oder eines Darlehens ist nur dann möglich, wenn weitere Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind. Durch die/den eLb ist eine abschlägige Bescheinigung eines Kreditinstitutes nach Prüfung der Gründungsunterlagen vorzulegen.

Klärung von weiteren Finanzierungsmöglichkeiten

Auch bei einem höheren Kapitalbedarf kann grundsätzlich eine Bewilligung von Leistungen erfolgen, jedoch nur, wenn der Mehrbedarf durch Dritte (z.B. Hamburger Kleinstkreditprogramm der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) oder durch Eigenkapital gedeckt ist. Hierüber ist ein Nachweis vorzulegen.

Über § 16c Abs. 1 können eLb im Sinne der §§ 7 ff, die eine hauptberufliche selbstständige Tätigkeit aufnehmen oder ausüben, mit Darlehen und/oder Zuschüssen für notwendige Sachgüter gefördert werden.

**Kombination von
Zuschuss und
Darlehen**

LES sollen vorrangig als Darlehen gewährt werden, sofern nicht die Gewährung eines Zuschusses im Einzelfall zielführender ist. LES müssen zweckgebunden vergeben werden. Darlehen können vorzugsweise bei größeren Anschaffungen oder bei einem stetigen Finanzbedarf in Höhe von maximal 17.500 Euro gewährt werden. Darlehen können einmalig oder in monatlichen Raten bewilligt werden. Die Darlehenshöhe bzw. die Gewährung von Darlehen soll sich an der persönlichen und wirtschaftlichen Situation der/des eLb sowie der voraussichtlichen finanziellen Tilgungs- und Leistungsfähigkeit orientieren.

Vorrangig Darlehen

Zuschüsse sollten bevorzugt bei kleineren Anschaffungen gewährt werden. Die Gewährung eines Zuschusses ist ausführlich zu begründen. Hierbei ist die Verwertbarkeit der Sachgüter zu beachten. Zuschüsse sind mit Bewilligungsbescheid zweckgebunden unter erforderlichem Nachweis der Mittelverwendung zu vergeben. Sie sind gesetzlich pro Selbstständigkeit auf einen Maximalbetrag von 5.000 Euro begrenzt. Sie können einmalig oder in monatlichen Raten bewilligt werden.

Zuschuss

Förderhöchstbetrag

Wenn das Unternehmen nicht von der Kleinunternehmerregelung gemäß § 19 Umsatzsteuergesetz (UStG) profitiert, sondern zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, ist eine differenzierte Prüfung des tatsächlich erforderlichen Förderumfangs vorzunehmen. Grundsätzlich sollte die Förderung hier auf den in der Rechnung ausgewiesenen Nettowert begrenzt oder zumindest der Anteil, der auf die Mehrwertsteuer entfällt, als Darlehen gewährt werden.

**Kleinunternehmer-
regelung**

Die gleichzeitige Bewilligung und damit die parallele Förderung durch Einstiegsgeld nach § 16b ist möglich.

Einstiegsgeld

Bei Leistungen nach § 16c handelt es sich um sogenannte „De-minimis“-Beihilfen. Eine Förderung mit Leistungen nach § 16c ist eine Subvention, die im Sprachgebrauch der EU auch Beihilfe genannt wird. Da Förderungen nach § 16c Auswirkungen auf den lokalen und überregionalen Wettbewerb haben könnten, unterliegen sie dem EU-Beihilferecht. Dieses ist bei der Entscheidung über die Bewilligung zu berücksichtigen. Hierbei wird die „De-minimis“-Verordnung angewandt.

„De-minimis“- Beihilfe

Die Summe aus der Förderung nach § 16c und sonstigen innerhalb der letzten drei Steuerjahre gewährten Beihilfen darf grundsätzlich den Betrag von 200.000 Euro nicht übersteigen.

Ausnahmen hierzu bilden

- Unternehmen im Bereich des Straßentransportsektors (Güter- und Personenbeförderung): Hier beträgt der maximal zulässige Betrag 100.000 Euro innerhalb von drei Steuerjahren (Artikel 3 Abs. 2 Sätze 2 und 3 VO 1407/2013),

- Unternehmen in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Produkte. Bei ihnen beträgt der maximal zulässige Betrag 15.000 Euro (Artikel 3 Abs. 2 VO 1408/2013),
- Unternehmen des Fischerei- und Aquakultursektors. Sie unterliegen einem reduzierten Fördervolumen von maximal 30.000 Euro innerhalb des o. g. Zeitraums (Artikel 3 Abs. 2 VO 717/2014).

Es ist daher notwendig, von der/dem eLb vor Entscheidung einer Förderung von Leistungen nach § 16c Abs. 1, 3 die Erklärung zur Gewährung einer „De-minimis“-Beihilfe (BK-Vorlagenauswahl) ausfüllen und unterschreiben zu lassen. Diese ist mit den Antragsunterlagen an das ILC zu übersenden. Das ILC übersendet nach Erstellen des Bewilligungsbescheides eine „De-minimis“-Bescheinigung (BK-Vorlagenauswahl) an die/den eLb.

Zuschüsse und Darlehen können für Sachgüter gewährt werden. Der Begriff Sachgut ist weit auszulegen, da häufig eine Kombination aus Sachgütern und Dienstleistungen/Werkverträgen in Anspruch genommen wird. Handlungsleitend für die Entscheidung über die Förderung ist, dass die beantragten Mittel individuell notwendig und angemessen für die Aufnahme, Fortführung oder den Erhalt der selbstständigen Tätigkeit sind.

Förderbedarfe

Sachmittel sind z. B.:

- Betriebs- und Geschäftsausstattung wie PC, zugehörige betriebliche Software, Telefonanlage, Kopierer, Einrichtungsgegenstände (z.B. Schreibtisch)
- Marketing und Vertrieb unterstützende Investitionen für die Erstellung von Homepages, Werbemitteln, Schaufensterdekorationen etc.
- Maschinen und Anlagen, Werkzeuge und Arbeitsmittel
- Erstausrüstung und betriebsnotwendige Aufstockung des Material-, Waren- oder Ersatzteillagers
- Gebühren/Kosten für Bescheinigungen/Genehmigungen des Gewerbes bzw. Eintragung ins Handelsregister
- Mietkaution für Gewerberäume (ausschließlich als Darlehen zu gewähren)
- Maklercourtage und erste Miete

Sachmittel

6. Förderausschlüsse

Kosten, die zur Aufnahme oder Ausübung der Selbstständigkeit notwendig sind, jedoch keine Sachgüter darstellen bzw. nicht unter die in dieser Arbeitsanleitung benannten Ausnahmen fallen, müssen durch Dritte abgedeckt werden, um eine Förderung möglich zu machen. Hierüber ist ein Nachweis vorzulegen.

Die zeitlich parallele Förderung von Tätigkeiten in mehr als einem Gründungsprojekt und/oder einer bestehenden Selbstständigkeit ist ausgeschlossen.

Die Umschuldung beziehungsweise Nachfinanzierung bereits abgeschlossener Vorhaben ist ausgeschlossen.

Es kann keine Kostenübernahme für die Erstellung des Gründungskonzeptes erfolgen.

Finanziell risikoreiche Unternehmen sind grundsätzlich auszuschließen (z.B. hohe laufende Fixkosten, weitere regelmäßige erforderliche Investitionen während der laufenden Selbstständigkeit, hohes Ausfallrisiko und geringe Rückzahlungsfähigkeit bei Darlehen. Hierzu könnten Statistiken der Handelskammer (Übersättigung, Anmeldungen/Abmeldungen oder Prognosen) herangezogen werden). In begründeten Ausnahmefällen ist eine ausführliche, detaillierte Stellungnahme notwendig.

**Ausschluss
von Unternehmen**

Hierzu gehören insbesondere Unternehmen im

- Transportgewerbe¹
- Im- und/oder Export
- Online-Handel²

Auf Grund der Anwendung der „De-minimis“-Beihilfe auf die Leistungen nach § 16c sind folgende Wirtschaftszweige von der Förderung ausgeschlossen:

**Ausschluss von
Wirtschaftszweigen**

- Aquakultur
- Steinkohlebergbau
- Straßengütertransport: hier kein Erwerb von Fahrzeugen

Des Weiteren sind Unternehmen, für die ein Insolvenzverfahren beantragt ist, ebenfalls von einer Förderung ausgenommen (hierzu können ggf. Informationen im Internet unter Insolvenzbekanntmachungen gefunden werden).

Eine Übernahme von Kosten für Dienstleistungen im Bereich Coaching und Unternehmensberatung vor Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit ist über § 16c ausgeschlossen. Die Teilnahme an einem Coaching/einer Unternehmensberatung ist über die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 45 SGB III (nur Auftragsmaßnahmen) möglich. Eine gleichzeitige Bewilligung und damit die parallele Förderung sind möglich. Angebote des ESF können genutzt werden.

§ 45 SGB III

Aufstocker*innen sind seit dem 01.01.2017 grundsätzlich von den speziellen Eingliederungsleistungen des SGB II (§§ 16a - 16h) ausgeschlossen.

**Arbeitslosengeld-I-
Aufstocker*innen**

7. Ablehnungen/Beendigung Selbstständigkeit

Zwecks Erstellung eines Ablehnungsbescheides ist es erforderlich, dass die IFK dem ILC eine detaillierte, rechtlich begründete Stellungnahme zur Verfügung stellt. Aus der Stellungnahme müssen die Gründe hervorgehen, die im Rahmen des Ermessens zu einer Ablehnung führen sollen.

Ablehnungen

Bei vorzeitiger Beendigung der Tätigkeit hat die zuständige IFK unmittelbar nach Kenntnisaufnahme den zuständigen Fachbereich im ILC hierüber zu informieren.

**Vorzeitige Beendigung
der Tätigkeit**

¹ Definition: Verbringung von Waren von einem Ort an einen anderen (Nah-, Fern-, Umzugsverkehr aller Art)

² Elektronischer Handel, auch Internet- oder Onlinehandel, ist der Einkaufsvorgang via Datenfernübertragung innerhalb der Distributionspolitik des Marketings bzw. des Handelsmarketings, bei welchem das Sortiment an Waren oder Dienstleistungen im Internet elektronisch abgebildet, beschrieben und den Konsument*innen zur elektronischen Bestellung angeboten wird.

Teilnehmer: Beschreibung: Ansicht: Wechseln zu: 1

Neu Speichern Löschen Drucken ZF Vorheriger Nächster ALZ-Tage Mafnahme Suchen Desktop Desktops Initial Desktops

ASP

CSGACH-Kunden

- Wiederanfragen
- Kundenanfrage
- WdhWdh
- WdhWdhWdh
- Forderungen
- S 37
- S 42V/GANZL
- Stellungnahmen
- Flur
- Te
- Te-Exakt
- ADM
- ADM
- ADM SGB II
- S 42V SGB II
- VA SGB II
- BSF
- VGS
- ASP

Kunde: Forderung: Forderungsfeld

Teilnehmer erfassen - ASP

Teilnehmer erfassen

Name: [Redacted]

Vorname: [Redacted]

Bezugsgesetz: Vorname: [Redacted]

Forderungsbereich: [Redacted]

Forderung: [Redacted]

Forderungstyp: [Redacted]

OK Abbrechen

Dauer (Monate): [Redacted]

WdhWdh: [Redacted] Durchführungszeit: [Redacted]

Träger: [Redacted] Name: [Redacted]

Kunden: [Redacted] Straße, Nr.: [Redacted]

Postleitzahl: [Redacted]

Teilnehmer: Beschreibung: Ansicht: Wechseln zu: 1

Neu Speichern Löschen Drucken ZF Vorheriger Nächster ALZ-Tage Mafnahme Suchen Desktop Desktops Initial Desktops

ASP

CSGACH-Kunden

- Wiederanfragen
- Kundenanfrage
- WdhWdh
- WdhWdhWdh
- Forderungen
- S 37
- S 42V/GANZL
- Stellungnahmen
- Flur
- Te
- Te-Exakt
- ADM
- ADM
- ADM SGB II
- S 42V SGB II
- VA SGB II
- BSF
- VGS
- ASP

Kunde: Forderung: Forderungsfeld

Teilnehmer erfassen - ASP

Teilnehmer erfassen

Name: [Redacted]

Vorname: [Redacted]

Bezugsgesetz: Vorname: [Redacted]

Forderungsbereich: [Redacted]

Forderung: [Redacted]

Forderungstyp: [Redacted]

OK Abbrechen

Dauer (Monate): [Redacted]

WdhWdh: [Redacted] Durchführungszeit: [Redacted]

Träger: [Redacted] Name: [Redacted]

Kunden: [Redacted] Straße, Nr.: [Redacted]

Postleitzahl: [Redacted]

Teilnehmer: Beschreibung: Ansicht: Wechseln zu: 1

Neu Speichern Löschen Drucken ZF Vorheriger Nächster ALZ-Tage Mafnahme Suchen Desktop Desktops Initial Desktops

ASP

CSGACH-Kunden

- Wiederanfragen
- Kundenanfrage
- WdhWdh
- WdhWdhWdh
- Forderungen
- S 37
- S 42V/GANZL
- Stellungnahmen
- Flur
- Te
- Te-Exakt
- ADM
- ADM
- ADM SGB II
- S 42V SGB II
- VA SGB II
- BSF
- VGS
- ASP

Kunde: Forderung: Forderungsfeld

Teilnehmer erfassen - ASP

Teilnehmer erfassen

Name: [Redacted]

Vorname: [Redacted]

Bezugsgesetz: Vorname: [Redacted]

Forderungsbereich: [Redacted]

Forderung: [Redacted]

Forderungstyp: [Redacted]

OK Abbrechen

Dauer (Monate): [Redacted]

WdhWdh: [Redacted] Durchführungszeit: [Redacted]

Träger: [Redacted] Name: [Redacted]

Kunden: [Redacted] Straße, Nr.: [Redacted]

Postleitzahl: [Redacted]

Teilnehmer bearbeiten Ansicht: Wirtschaftszweig: 1

Neu Speichern Löschen Drucken BK Vorherige Nächste AL-Tagen Maßnahme Suchen Desktop Desktops Initial Drückhe

AMP

Kunde: [REDACTED]

Förderart: LE 503, §15c SGB II Sachmittel für Selbstständige Förderfeld: LE 503-01, §15c SGB II Sachmittel für Selbstständige

Förderung abschließen | Förderung entscheiden | **09** | Vermerke | Wiederanfragen |

Kurzform | Person | **Selekt** | Förderdaten I | Förderdaten II | Förderung belegen |

Förderdaten I:

Zuständige Doz. Nr.: 12102 Jobcenter team arbeits

Zuständige Bearbeiter: [REDACTED]

Org. Zeichen: [REDACTED]

Name: [REDACTED]

Vorname/Nr.: [REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]

Org. Zeichen Vererbung: [REDACTED]

Kostengruppe: 1 Jobcenter (gE)

Kostengruppe Doz. Nr.: 12102

Programm: 0 kein Programm

Wählen

Teilnehmer bearbeiten Ansicht: Wirtschaftszweig: 1

Neu Speichern Löschen Drucken BK Vorherige Nächste AL-Tagen Maßnahme Suchen Desktop Desktops Initial Drückhe

AMP

Kunde: [REDACTED]

Förderart: LE 503, §15c SGB II Sachmittel für Selbstständige Förderfeld: LE 503-01, §15c SGB II Sachmittel für Selbstständige

Förderung abschließen | Förderung entscheiden | **09** | Vermerke | Wiederanfragen |

Kurzform | Person | **Selekt** | Förderdaten I | Förderdaten II | Förderung belegen |

Förderdaten I:

Status: * 1. Programmierung (Förderung) keine Gültigkeiten

Beginn: 07.12.2016

Ende: 07.12.2016

Verlängerung bis: [REDACTED]

Letzter Tag der Teilnahme: [REDACTED]

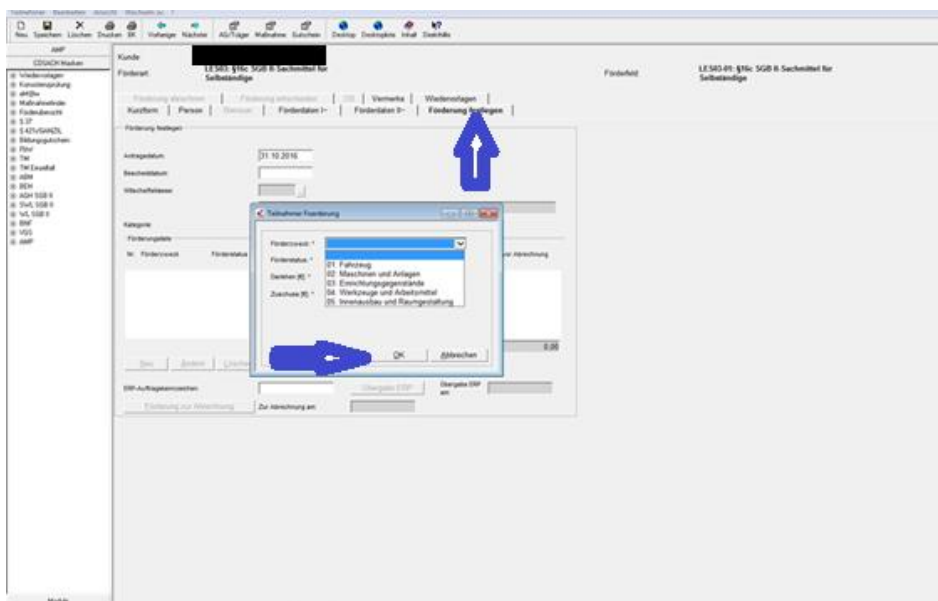
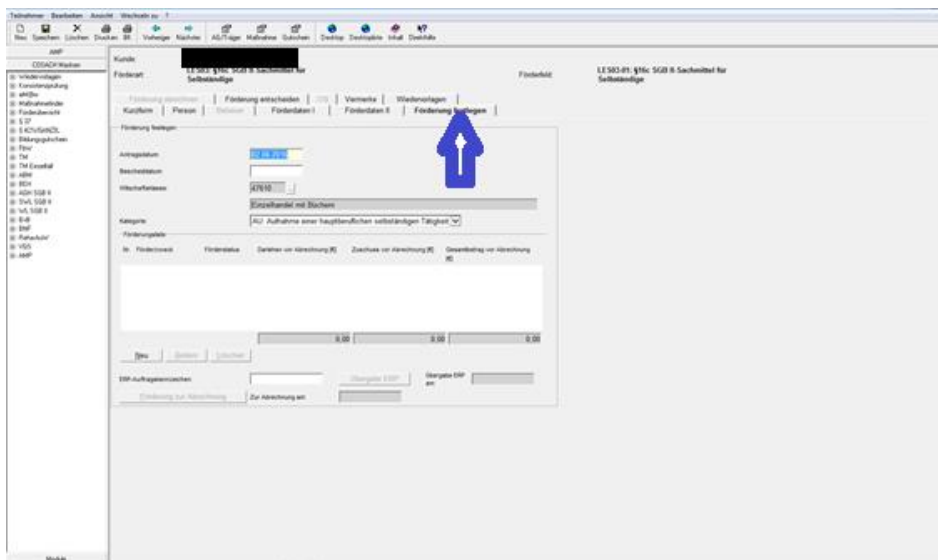
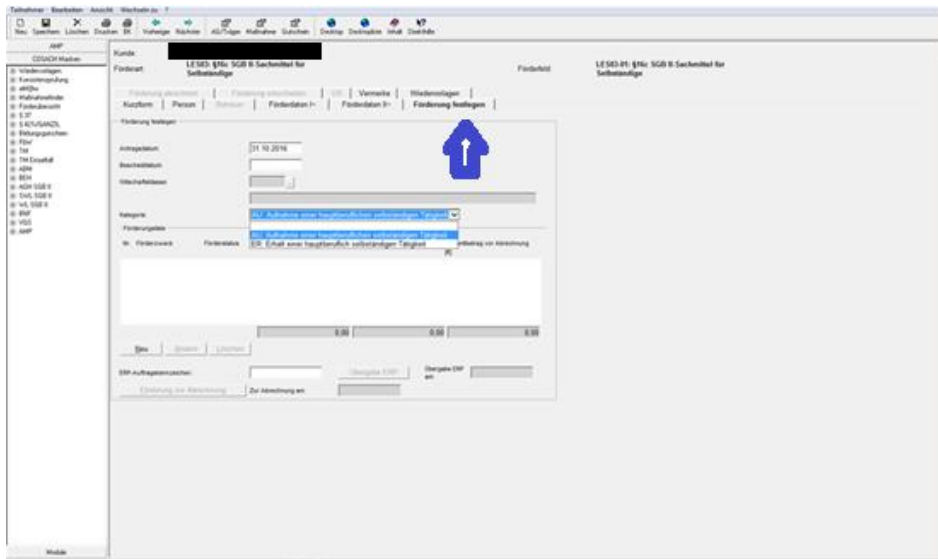
Technisches Ende: 07.12.2016

Dauer (Minuten): 6.1

Bemerkungen: [REDACTED]

Aufwandseinheit: [REDACTED]

Wählen



Tabellensystem Bearbeiten Ansicht Wochen bis: 1

Neu Speichern Löschen Drucken ER Vorherige Nächste AG-Träger Maßnahme Suchen Desktop Desktopliste Initial Desktopliste

ASP

CDJACH-Maßnahmen

- Wiedervorlagen
- Kundenanfrage
- anträge
- Maßnahmenliste
- Förderbescheide
- S. 27
- S. 47/50/52/53
- Stützengruppen
- Flur
- TR
- TR-Entwurf
- ADM
- REK
- AGN-USB-B
- DAV-USB-B
- WLS-USB-B
- BRF
- VSS
- AMP

Kunde: [REDACTED]

Förderart: LE 503.01 §14c SGB II Sachmittel für Selbstständige

Förderfeld: LE 503.01 §14c SGB II Sachmittel für Selbstständige

Förderung abschließen | Förderung entscheiden | OS | Vermerke | Wiedervorlagen

Kurzform | Person | Datum | Förderdaten I | Förderdaten II | Förderung belegen

Förderung belegen

Antragsdatum: 01.10.2016

Beschreibungsdatum:

Wirtschaftsform:

Kategorie:

Förderungstyp:

W. Förderzweck: Förderstatus:

OS: 01. Förderung

Förderdatum: 01.10.2016

Zeitraum (Z): 01.10.2016 - 31.12.2016

Zuweisung (Z): 01.10.2016 - 31.12.2016

OK | Abbrechen

OS-Auftragseinstellungen

Übergeordnet

Übergeordnet

Änderung zur Abrechnung | Zur Abrechnung von

Modul

Tabellensystem Bearbeiten Ansicht Wochen bis: 1

Neu Speichern Löschen Drucken ER Vorherige Nächste AG-Träger Maßnahme Suchen Desktop Desktopliste Initial Desktopliste

ASP

CDJACH-Maßnahmen

- Wiedervorlagen
- Kundenanfrage
- anträge
- Maßnahmenliste
- Förderbescheide
- S. 27
- S. 47/50/52/53
- Stützengruppen
- Flur
- TR
- TR-Entwurf
- ADM
- REK
- AGN-USB-B
- DAV-USB-B
- WLS-USB-B
- BRF
- VSS
- AMP

Kunde: [REDACTED]

Förderart: LE 503.01 §14c SGB II Sachmittel für Selbstständige

Förderfeld: LE 503.01 §14c SGB II Sachmittel für Selbstständige

Förderung abschließen | Förderung entscheiden | OS | Vermerke | Wiedervorlagen

Kurzform | Person | Datum | Förderdaten I | Förderdaten II | Förderung belegen

Förderung belegen

Antragsdatum: 01.10.2016

Beschreibungsdatum:

Wirtschaftsform:

Kategorie:

Förderungstyp:

W. Förderzweck: Förderstatus:

OS: 01. Förderung

Förderdatum: 01.10.2016

Zeitraum (Z): 01.10.2016 - 31.12.2016

Zuweisung (Z): 01.10.2016 - 31.12.2016

OK | Abbrechen

OS-Auftragseinstellungen

Übergeordnet

Übergeordnet

Änderung zur Abrechnung | Zur Abrechnung von

Modul

[illegible]

Kunde [Name redacted] **Förderart** LE 503 - Güte SGB § Sachverständiger für Sachverständige **Förderzeit** LE 503-01 - Güte SGB § Sachverständiger für Sachverständige

Kunden | Person | Wohnort | Förderkategorie 1 | Förderkategorie 2 | Förderungsschlüssel |

Förderung abgesetzt | Förderung entschieden | Vermerke | Weiterzulesen |

Förderentscheidung

Prognose: **SGB-SGB VI**

Anforderung:

Wird/Soll: Hier haben wir Werkzeuge mit der Rolle des AIK Integration einbindenden Zugriff?

Nr.	Frage	Bewertung	Entscheidend
1	Ist eine andere Leistungsanfrage möglich, herausragend, angemessen oder gleichwertiger Leistungen angemessen?	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
2	Falls ja: Erläutern Sie, welcher Leistungsantrag vorrangig ist.	<input type="text"/>	
3	Ist die Kundin / der Kunde für eine hauptsächlich selbständige Tätigkeit geeignet? Begründen Sie individuell unter Berücksichtigung der Lebens- und finanziellen Situation, Qualifikation.	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
4	Erschreckt die selbständige Tätigkeit langfristig? Begründen Sie Ihre Entscheidung zur Tätigkeitsdauer unter Nutzung der erforderlichen Unterlagen (Bauscheinplan, noch gültige) Sachkundige Stellungnahme.	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
5	Liegen die sachfachrechtlichen Förderansatzbedingungen vor? (Prüfung auf Grundlage der de-motivierten Erklärung)	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
6	Ist die selbständige Beschäftigung zur dauerhaften Senkung oder Überwindung der Hilfbedürftigkeit geeignet? Prognostizieren Sie den Zeitpunkt (unter Heranziehung der Tätigkeitsdauer).	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
7	Ist die Förderung notwendig und angemessen sowie wirtschaftlich und sparsam? Begründen Sie, weshalb keine andere Leistung geeignet ist, die berufliche Integration auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
8	Ermessensentscheidung: Entspricht die Förderung der Integrationsstrategie und dem Förderzweck ("Ob")? Begründen Sie weiterhin die Ausprägung (Dauerhaft, Dauerhaft) und Höhe der Förderung ("Wie")?	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	

Begründung zur ausgewählten Frage

[Text area]

Begründung

Ergebnis der Prüfung: [Text area]

Förderentscheidung bestätigt: **Ja**

Dauerhaft von: [Text area]

Dauerhaft von: [Text area]

Entscheidung bestätigen: [Text area]

☐ Systeme, Lizenzen, Endben. ☒ IT ☐ Vernetzte Rechner ☐ Adressen, Kontakte ☐ Kalender, Termine ☐ E-Mails ☐ Dokumente ☐ Suchfeld

☒ Forderung erstellen ☐ Forderung entschulden ☐ Vorwerte ☐ Wiederholungen

Forderung erstellen

Prosektur:

Antwortfeld:

WICHTIG: hier haben wir Mitarbeiter mit der Rolle SA, die Integration schreibenden Zugriff!

10 Frage:

a) „Ist eine weitere Leistungsmenge geplant, mehr/minder, unabhängig ob gleichzeitigen Leistungen vorgesehen?“ Falls ja: Erläutern Sie, welcher Leistungsmenge vorzuzug ist.

b) Ist die Kunden- / der Kunde für eine hauptsächlich selbstständige Tätigkeit geeignet? Begründen Sie anhand der unter Berücksichtigung der Lebens- und finanziellen Situation, Qualifikationen.

c) Entspricht die selbstständige Tätigkeit langfristig? Begründen Sie Ihre Entscheidung zur Tragfähigkeit unter Nutzung der erforderlichen Unterlagen (Bauskizzen, nach gültiger Sachkunde Stellungnahme).

d) Liegen die schätzrechtlichen Forderungsvoraussetzungen vor? (Prüfung auf Grundlage der de-memo-Entscheidung)

e) Ist die selbstständige Beschäftigung zur dauerhaften Senkung oder (Überwindung der Hilfsbedürftigkeit geeignet? Prognostizieren Sie den Zeitpunkt (unter Heranziehung der Tragfähigkeit).

f) Ist die Forderung notwendig und angemessen sowie wirtschaftlich und sparsam? Begründen Sie, weshalb keine weitere Leistung geeignet ist, die berufliche Integration auf dem AM günstiger zu erreichen.

g) Ermessensentscheidung: Entspricht die Forderung der Integrationsstrategie und dem Forderungswert („OK“)? Begründen Sie weiterhin die Ausgestaltung (Zinssatz, Darlehen) und Höhe der Forderung („Wie“)?

Begründung zur angewählten Frage:

Begründung:

Ergebnis der Prüfung:

Forderungsbewertung:

Bewährt von:

Bewährt von:

Entscheidung verlängern:

PDF Forderungsbewertung anzeigen